



Antrag

Fraktionen der SPD, Linke, Bündnis 90/Die Grünen und CDU

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

06.02.2008 BVV

BVV/13/VI

**Betreff: Keine Unterbringung von Menschen in der Zentralen
Aufnahmeeinrichtung Motardstr. 101**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

1. sich bei der zuständigen Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass grundsätzlich keine Menschen in die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung Motardstraße 101 eingewiesen und dort untergebracht werden.
2. den gegenwärtig auf Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes in der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung Motardstraße 101 lebenden und vom Bezirksamt Pankow betreuten Menschen nach Einzelfallprüfung unter Ausnutzung des Auslegungsspielraums des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Asylverfahrensgesetzes das Angebot zu unterbreiten und zu ermöglichen, in eigenen Wohnungen zu leben.

Berlin, den 06.02.2008

Einreicher:

Fraktionen der SPD, Linke, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, gez. BV Johannes Kraft

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ EINSTIMMIG
 _____ MEHRHEITLICH
 _____ JA
 _____ NEIN
 _____ ENTHALTUNGEN

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ zusätzlich in den Ausschuss für
 _____ und in den Ausschuss für

federführend

Begründung:

Die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Berlin in der Motardstraße 101 steht in der Kritik. Aus Sicht der Antragsteller ist sie aufgrund seiner offensichtlichen Mängel ein für die Unterbringung von Menschen nicht geeigneter Ort, so dass im Zweifelsfall von einer Unterbringung wegen Unzumutbarkeit und aus Gründen der gesundheitlichen Vorsorge abzusehen ist. Das Bezirksamt ist in der Pflicht, die Unzumutbarkeit gegenüber den entsprechenden Stellen anzuzeigen und sich dafür einzusetzen, dass nach Alternativen gesucht wird und ggf. auch in eigener Verantwortung nach Alternativen zu suchen.

Der Bezirk Pankow will ein weltoffener und toleranter Bezirk sein, in dem das Grundrecht auf Menschenwürde geachtet wird. Dazu steht im Gegensatz, dass Menschen in der Motardstraße 101 unter Bedingungen untergebracht sind, die den Kriterien für ein menschenwürdiges Leben nicht entsprechen.

Hier dürfen wir nicht länger zusehen, sondern müssen auf Veränderungen drängen – der Menschen und unserer eigenen Glaubwürdigkeit wegen.